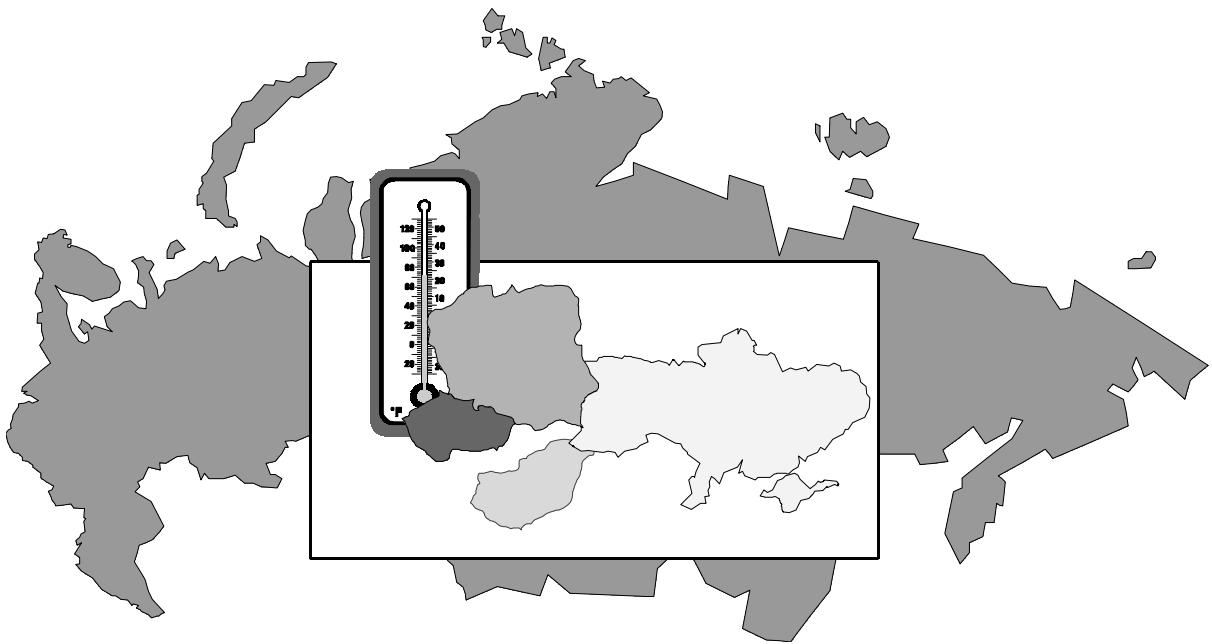


# TBO-TRENDS 2002

## Wirtschafts- und Reformklima in Russland und der Ukraine

- Ergebnisse aus dem *Transformationsbarometer Osteuropa* 2002 -



Arbeitspapiere zur Transformationsforschung der  
*Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.*  
Nr. 10b

Köln, November 2002

In Russland und in der Ukraine stehen trotz wirtschaftlicher Erholung in jüngster Zeit immer noch wichtige Reformschritte aus. Während Russland auf Präsident Putins Handlungsfähigkeit vertraut, klagt die ukrainische Bevölkerung weiterhin über die Reformen, über soziale Ungerechtigkeit und die weit verbreitete Korruption.

Das *Transformationsbarometer Osteuropa (TBO)* der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Köln*, untersucht jährlich, wie sich die Transformationsprozesse in ausgewählten Reformstaaten Mittel- und Osteuropas - gemessen an objektiven und subjektiven Indikatoren - entwickeln; die Analysen umfassen seit 1997 Polen, Tschechien, Ungarn und Russland sowie seit 2000 auch die Ukraine. Gefördert wird das TBO von der *Otto Wolff-Stiftung* und der *Margarete und Johann Ley-Stiftung*.

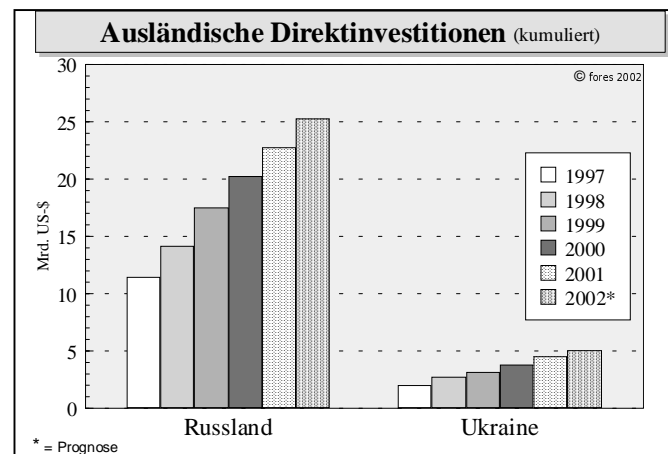
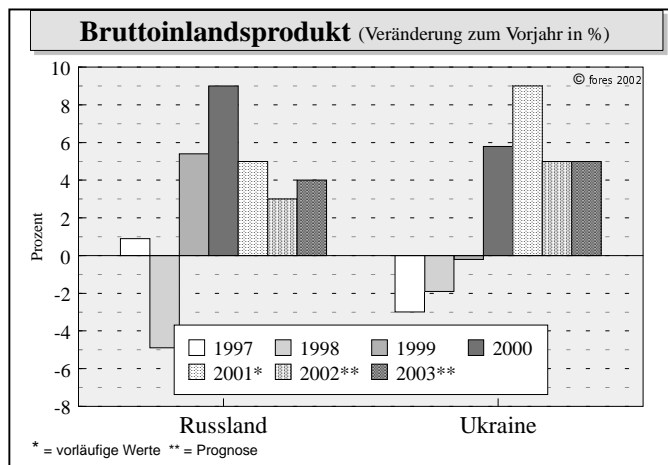
## Wirtschaftstrends

Die globale Konjunkturschwäche, insbesondere aber der ab 2001 gefallene Erdölpreis, wirkten sich in *Russland* in Form eines stark gesunkenen Außenhandelsüberschusses aus. Dennoch konnte der Konsolidierungskurs, unterstützt durch hohe Devisenreserven, dank der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten zwei Jahren fortgesetzt werden und das Land der Erfüllung seiner Schuldendienstverpflichtungen nachkommen. Das auf 5% verlang-

samte Wirtschaftswachstum stützte sich dabei erstmals auf eine durch gestiegene Lohn- und Pensionszahlungen induzierte, starke inländische Nachfrage. Der gewachsene private Konsum und der Investitionsanstieg bewirkten in der Folge ein positives Wachstum mit weit über dem BIP liegenden Steigerungsraten in fast allen bedeutenden Wirtschaftsbereichen und eine weitere Verbesserung des Lebensstandards. Begleitet wurde diese Entwicklung von einem

erneuten Rückgang der Arbeitslosenzahlen sowie dem Verharren der Inflation auf dem akzeptablen Niveau des Vorjahres. Als einziges Land mit einem positiven Staatshaushalt in 2001 – unter den im TBO betrachteten Ländern – befindet sich Russland auch aufgrund fortlaufender Struktur- und Rechtsreformen auf dem besten Weg, das Wirtschaftswachstum auf ein solides Fundament stellen und die Abhängigkeit von externen Einflüssen, insbesondere Schwankungen des Ölpreises, überwinden zu können.

Die *Ukraine* verzeichnete 2001 eine erneute Beschleunigung des realen Wirtschaftswachstums. Diese Entwicklung wurde wie schon im Vorjahr im Wesentlichen von der Industrie getragen, deren kumulatives Wachstum neue Rekordwerte erreichte. Begleitet wurde dies von guten Ergebnissen im Außenhandel sowie von Steigerungen bei den ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere im Bereich des Ausbaus der

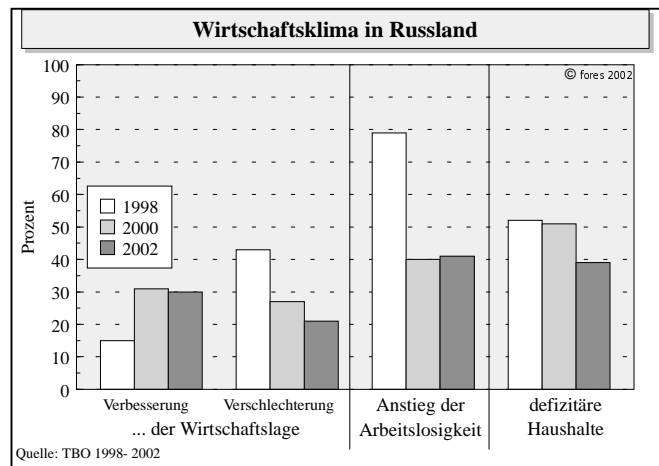


Öl- und Gasproduktion. Eine Ursache hierfür waren die die Investitionstätigkeit anstoßenden starken Zinssenkungen in Folge der weiter gesunkenen Inflation. Zudem ermöglichten die als Gegenmaßnahme einer weiteren Aufwertung des Grywna einsetzenden massiven Fremdwährungskäufe eine immense Aufstockung der Devisenreserven sowie eine erhebliche Verbesserung der finanziellen Lage des Landes. Die damit einhergehende Ausweitung der inländischen Geldmenge wirkte sich dabei positiv auf die inländische Nachfrage aus. Ob das Land diesen positiven Kurs fortsetzen kann, hängt vor dem Hintergrund dieser Erfolge jedoch mehr denn je von der Durchführung notwendiger Reformen im Bereich der Privatisierung und des noch zu stark regulierten Energiesektors ab.

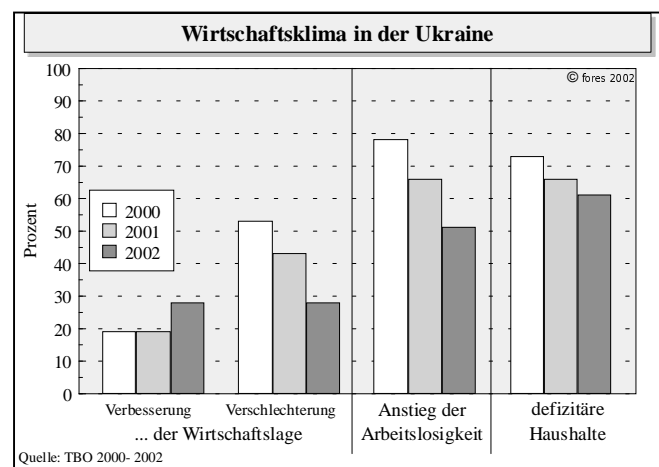
## Wirtschaftsklima

In der Bevölkerung der beiden osteuropäischen Transformationsstaaten hat sich die wirtschaftliche Stimmung in den letzten Jahren merklich verbessert.

So gehen in Russland mittlerweile doppelt so viele Befragte wie vor vier Jahren von einer Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage aus. Entsprechend gesunken ist die Zahl der ‚Wirtschaftspessimisten‘. Die Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit, die 1998 noch als sehr hoch eingeschätzt wurde, hat deutlich an Bedeutung verloren. Allerdings fürchten die Russen, unter denen jeder Zweite im Laufe der nächsten zwei Jahre mit einem Arbeitsplatzverlust rechnet, die Erwerbslosigkeit immer noch erheblich stärker als die Menschen in der Ukraine oder in den mitteleuropäischen Reformstaaten. Die finanzielle Lage der privaten Haushalte hat sich in Russland verbessert: Nur noch 39% klagen über zu geringe finanzielle Mittel; fast jeder Zweite kommt mit dem Einkommen aus.



In der Ukraine hat sich das Wirtschaftsklima in ähnlicher Weise entwickelt – nicht ganz so positiv wie in Russland, aber dafür umso schneller: Innerhalb der letzten beiden Jahre ist der Anteil der ‚Wirtschaftspessimisten‘ auf die Hälfte gesunken. Rechneten 2000 noch drei von vier Ukrainern mit allgemein steigenden Arbeitslosenzahlen, so denkt das heute ‚nur‘ noch jeder Zweite; 46% der Bevölkerung machen sich Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz. Zwar hat sich die Lage der privaten Haushalte merklich verbessert, doch äußern immer noch 61% der Ukrainer, dass der persönliche finanzielle Rahmen nicht ausreicht.

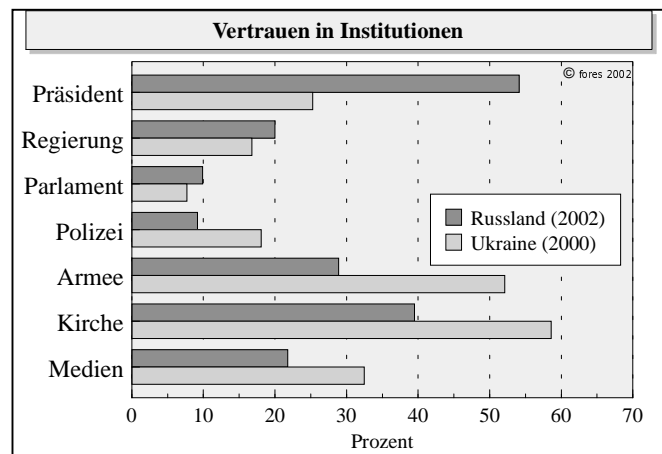
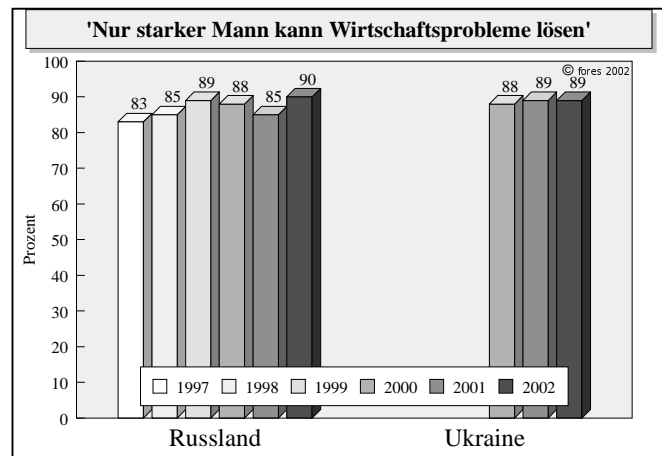
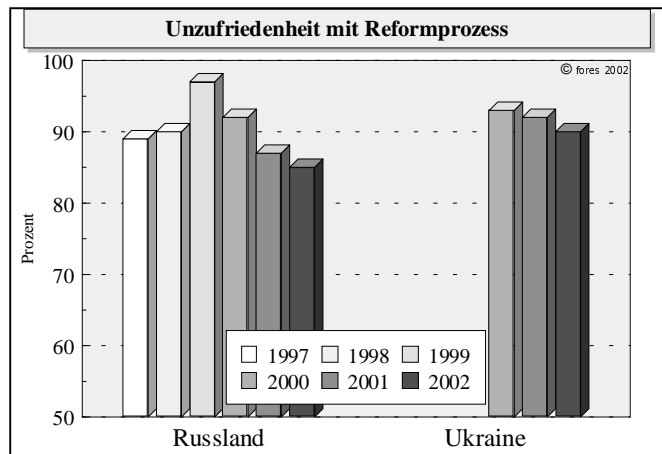


## Reformklima

In Russland und in der Ukraine ist die Unzufriedenheit mit der Reformpolitik in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, jedoch weniger stark als in den EU-Beitrittskandidatenländern Tschechien und Ungarn. Noch immer sind 85% der Russen und 90% der ukrainischen Bevölkerung unzufrieden mit der Durchführung der Reformen.

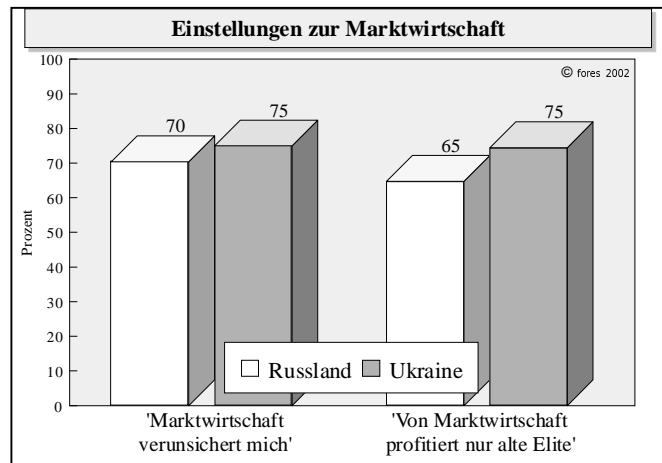
Ein wesentlicher Grund für die Unzufriedenheit liegt darin begründet, dass die Veränderungen nach Ansicht der Bevölkerung zu schnell und zu schmerzhaft verlaufen. Die Mehrheit – 58% in Russland und 53% in der Ukraine – plädiert für einen langsamen Wandel mit sozialer Abfederung der erforderlichen Reformmaßnahmen.

Allerdings kommt die „Diktatur des Gesetzes“ – das Motto des Präsidenten Putin – den Vorstellungen der Russen entgegen: Neun von zehn Befragten glauben, nur ein „starker Mann“ könne die Wirtschaftsprobleme in den Griff bekommen, und mehr als die Hälfte der Russen schenken Putin volles Vertrauen. Auch in der Ukraine setzen 89% auf den „starken Mann“, jedoch steht Präsident Kutschma mittlerweile mit dem Rücken zur Wand: Vorwürfe, die von Korruption bis hin zu Mord an politischen Gegnern reichen, führten in jüngster Zeit zu Massendemonstrationen, in denen der Rücktritt Kutschmas gefordert wurde. Bereits vor zwei Jahren glaubte nur jeder Vierte, dem ukrainischen Präsidenten vertrauen zu können. Dagegen wurden die Kirche und die Armee deutlich besser bewertet als die politischen Institutionen. In Russland ist das Ansehen der Armee infolge der *Kursk*-Affäre binnen zweier Jahre deutlich gesunken; im Jahr 2000 sprachen ihr noch 57% der Russen ihr Vertrauen aus – heute nur noch 29%. Auch Kirche und Medien haben in den letzten Jahren in Russland einen Imageverlust erlitten.

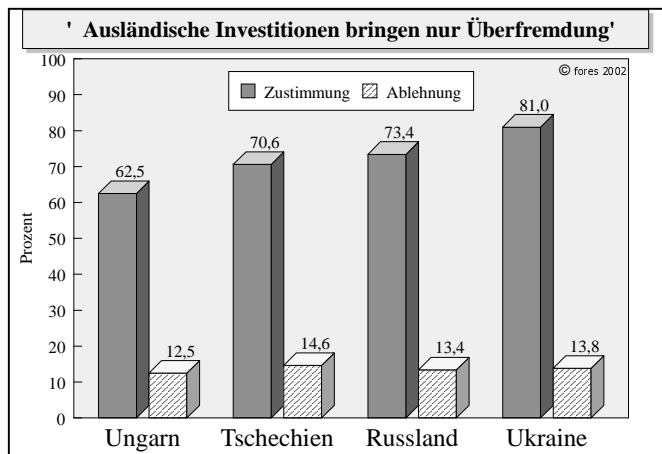


## Marktwirtschaft und Privatisierung

Auch wenn die Angst vor der Marktwirtschaft in den letzten Jahren leicht zurückgegangen ist, fühlt sich immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung in Russland und in der Ukraine durch das neue Wirtschaftssystem verunsichert. Die neu gewonnene Entscheidungsfreiheit gerät oft zur ‚Qual der Wahl‘; Marktwirtschaft und Demokratie gelten vielerorts als Synonyme für Chaos und Anarchie. Nur wenige glauben, dass es den Menschen seit Einführung der Marktwirtschaft besser geht. Stattdessen sind viele Russen und noch mehr Ukrainer davon überzeugt, dass nur diejenigen von der Marktwirtschaft profitieren, „denen es bereits im alten System gut ging“, also die alte sozialistische Elite.



Auch die Erfahrungen, die die Bevölkerung mit der Privatisierung gemacht hat, fallen eher negativ aus. Während Tschechen und Ungarn mehrheitlich privaten Großunternehmen möglichst freie Hand und damit die erforderlichen Entfaltungsmöglichkeiten lassen wollen, ist dies in Russland und der Ukraine äußerst umstritten: etwa gleich große Bevölkerungsgruppen sind dafür wie dagegen. Allerdings fordern über 80% der Russen und Ukrainer, große Unternehmen sollten weiterhin in Staatsbesitz bleiben, damit sie nicht zu mächtig werden. Zudem befürchten die Menschen in allen Reformstaaten die Gefahr einer Überfremdung durch ausländische Investitionen – dabei sind die Ängste dort am größten, wo die Finanzhilfen am wichtigsten wären.



Das Misstrauen und die Unsicherheit gegenüber dem neuen Wirtschaftssystem sind nicht ohne Grund. Die großen Unternehmen befinden sich in beträchtlichem Maße in der Hand von Oligarchen, die in der Phase der Privatisierung Macht und Kapital angehäuft haben. Über 90% der Ukrainer äußerten 2001, ihre Regierung werde „zu stark von wenigen Reichen beeinflusst“. In diesem Jahr trauten nur 28% der Russen ihrer Regierung zu, sie könne „sich gegen den Einfluss der Oligarchen durchsetzen“, 55% waren gegenteiliger Meinung. Dennoch sehen die Menschen die einzige Rettung in einem starken Staat: Neun von zehn Befragten in Russland und in der Ukraine glauben, nur ein „starker Mann“ könne die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen (vgl. S. 4). Doch die Dominanz von Oligarchie und Korruption behindert die Entwicklung eines marktwirtschaftlich geprägten Verhaltens: 43% der russischen und 47% der ukrainischen Bevölkerung glauben, „man kann sich anstrengen, wie man will, es nützt doch nichts“, vom Gegenteil sind lediglich 40 bzw. 41% der Bevölkerung überzeugt.

## Rechtsunsicherheit und Korruption

Die mangelnde Rechtssicherheit und die weit verbreitete Korruption zählen zu den größten Problemen in Osteuropa: In Russland glaubt nur jeder Vierte, in der Ukraine nicht einmal jeder Fünfte, dass man sich im eigenen Land auf Recht und Gesetz verlassen kann. 96% der Ukrainer sind sogar davon überzeugt, dass man sich mit Macht und Geld seine *eigenen Gesetze* machen kann.

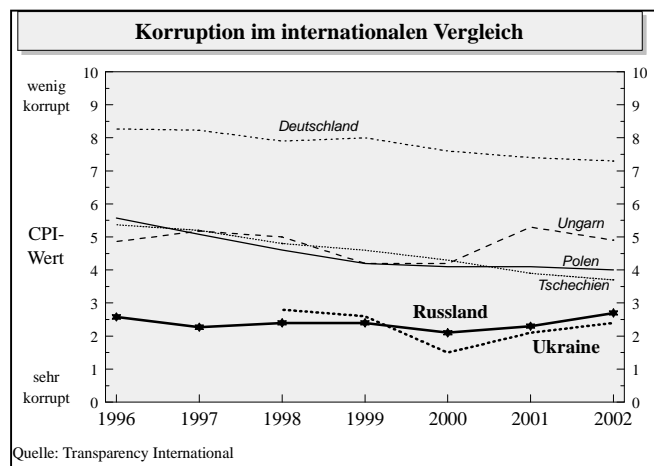
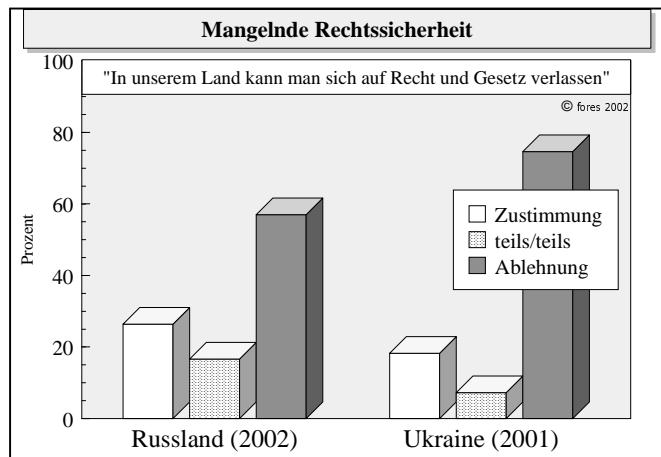
Diese Skepsis spiegelt sich auch in mangelndem Vertrauen in die Institutionen des Rechtssystems wider: Nur 12% der Russen und 18% der Ukrainer trauen der Justiz in ihrem Land; lediglich 15 bzw. 22% setzen Vertrauen in Anwälte. Im TBO 2001 äußerten 89% der ukrainischen Bevölkerung die Einschätzung, die Korruption sei im Bereich der Justiz weit verbreitet; vier Fünftel der Bevölkerung bekundeten den gleichen Verdacht hinsichtlich der Anwälte.

Laut *Transparency International* hat sich am Ausmaß der Korruption in den letzten Jahren in Russland und in der Ukraine nur wenig verändert. Zwar ist eine leichte Verbesserung der Lage festzustellen, doch liegt sie im Rahmen der mittelfristigen Schwankungen. Merklich geringer fällt die Korruption dagegen in Ungarn aus, während sich die Verhältnisse in Tschechien stetig verschlechtern.

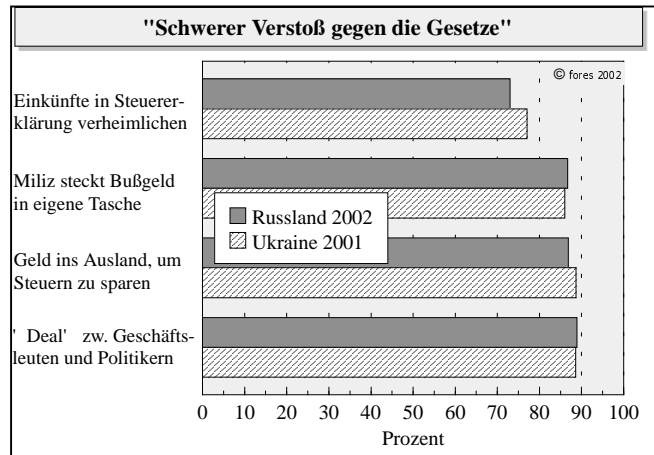
Indes ist ein internationaler Vergleich von Korruption nicht unproblematisch:

Gerade in Russland beruhen Vorgänge, die in der westlichen Welt unter Amtsmissbrauch oder Bestechung fallen, auf einer langen Tradition, die bereits in der zaristischen Vergangenheit implementiert und legitimiert wurde. Freier Wettbewerb und Rechtssicherheit stellen dagegen relativ neue formelle, marktwirtschaftliche Institutionen dar, die in der Praxis durch traditionelle Werte konterkariert werden. Dementsprechend wird in Russland und der Ukraine informellen Netzwerken und der Bereitschaft zu illegalen Aktivitäten eine höhere Bedeutung beigemessen als der eigenen Leistungsbereitschaft, wie frühere Studien des TBO zeigen.

Im vergangenen Jahr zeigten die Studien des TBO, dass in Russland und in der Ukraine nicht einmal jeder Zweite die Bestechung von Behördenmitarbeitern zum Zwecke einer zügigen, zufriedenstellenden Bearbeitung für falsch hält. Etwa jeder Dritte äußerte Verständnis dafür, wenn andere ein derartiges Verhalten pflegen, und gut jeder Fünfte in Russland sowie jeder Vierte in der Ukraine bezeichnete diese Form der Einflussnahme als notwendig und keineswegs falsch. Dabei tendierten vor allem die klassischen *Reformgewinner* – jüngere, gut ausgebildete und einkommensstarke Bevölkerungsgruppen – zur Verharmlosung dieser Form von Korruption.



Jedoch wird nicht jede Form von Korruption gleich bewertet. Am meisten stoßen Absprachen zwischen Geschäftsleuten und Politikern beim Erwerb lukrativer Unternehmen auf die Kritik der Bevölkerung: Fast neun von zehn Befragten in Russland und in der Ukraine sehen darin einen schweren Verstoß gegen die Gesetze. Ähnlich negativ bewertet wird der Transfer von Geld ins Ausland zum Zwecke der Steuerersparnis, aber auch das Einbehalten von Bußgeldern durch Milizbeamte. Die Kritik an der Verheimlichung von Einkünften in der Steuererklärung fällt zwar etwas niedriger aus, wird aber immer noch von rund drei Vierteln der Bevölkerung angeprangert.



**Ausgewählte wirtschaftliche Indikatoren**

		1997	1998	1999	2000	2001 <sup>1</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>
<b>Bruttoinlands- produkt</b>	Polen	6,8	4,8	4,1	4,0	1,1	0	2,0
	Tschechien	-0,8	-0,2	-0,4	2,9	3,5	3,0	4,0
	Ungarn	4,6	4,9	4,2	5,2	3,8	3,6	4,0
	Russland	0,9	-4,9	5,4	9,0	5,0	3,0	4,0
	Ukraine	-3	-1,9	-0,2	5,8	9,0	5,0	5,0
<b>Inflation</b>	Polen	14,9	11,8	7,3	10,1	5,5	5,0	5,0
	Tschechien	8,5	10,7	2,1	3,9	4,7	3,9	3,5
	Ungarn	18,3	14,3	10,0	9,8	9,2	5,7	4,5
	Russland	14,8	27,6	85,7	20,8	21,6	20,0	15,0
	Ukraine	15,9	10,6	22,7	28,2	12,0	15,0	15,0
<b>Arbeits- losigkeit</b>	Polen	10,3	10,4	13,1	15,1	17,4	19,0	18,0
	Tschechien	5,2	7,5	9,4	8,8	8,9	9,5	9,0
	Ungarn	8,7	7,8	7,0	6,4	5,7	5,6	5,6
	Russland	11,2	13,3	12,2	9,9	9,0	9,0	9,0
	Ukraine	2,3	3,7	4,3	4,2	3,7	4,0	4,0
<b>Investitionen (in Mrd. EUR)</b>	Polen	29,9	35,5	37,0	42,5	41,7	36,4	-
	Tschechien	14,4	14,7	14,3	15,6	17,4	19,5	-
	Ungarn	9,0	9,9	10,8	12,2	12,8	13,6	-
	Russland	62,5	36,8	25,5	45	61,2	56,8	-
	Ukraine	5,9	5,04	4,0	4,7	5,6	5,7	-
<b>Staatshaushalt (in % des BIP)</b>	Polen	-1,3	-2,4	-2,0	-2,2	-4,5	-4,6	-5,2
	Tschechien	-0,9	-1,6	-1,6	-2,4	-3,2	-3,5	-3,0
	Ungarn	-4,0	-5,5	-3,0	-2,8	-2,8	-	-
	Russland	-3,8	-5,4	-1,1	1,3	2,9	1,6	-
	Ukraine	-6,6	-1,9	-1,3	1,1	-3,0	-1,7	-

(Alle Angaben in Prozent soweit nicht anders vermerkt; <sup>1</sup> = vorläufige Werte; <sup>2</sup> = Prognose)

Die empirische Studie, deren Ergebnisse hier zusammengefasst wurden, basiert auf repräsentativen Umfragen, die in Polen, Tschechien, Ungarn und der Ukraine mit jeweils ca. 1.000, in Russland mit ca. 2.400 Befragten im Frühjahr 2002 durchgeführt wurden.

Eine ausführliche Darstellung ist erhältlich unter

Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen:

**Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union -  
Transformationsbarometer Osteuropa 2002**

Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Band 7  
Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag 2002; 150 Seiten; ISBN 3-593-37262-2

Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V. ♦ Klosterstr. 1 ♦ D-50931 Köln  
Tel. 0221/40 26 48 ♦ Fax 0221/40 70 95  
e-mail: foresh-koeln@t-online.de ♦ internet: www.uni-koeln.de/extern/foresh/